

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Elke Reinke, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 16/9915 –**

### **Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist ein wichtiges Instrument zur Gewinnung von Erkenntnissen über die Vermögens- sowie Einkommenssituation und -entwicklung verschiedener Gruppen sowie über Verteilungsrelationen in der Gesellschaft. Sie muss daher fortgeführt und verbessert werden. Dabei muss sicher gestellt werden, dass repräsentative, aussagekräftige und vergleichbare Daten verwendet und für politische Schlussfolgerungen zugrunde gelegt werden.
2. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht ist ein vernichtendes Zeugnis für die Ergebnisse langjähriger rot-grüner Regierungspolitik. Die Armut in Deutschland hat in den analysierten Jahren dramatisch zugenommen. Die Armutsrisikoquote ist nach den im Bericht enthaltenen Daten des Sozio-ökonomischen Panels von 12 Prozent 1998 auf 18 Prozent im Jahr 2005 gestiegen. Bei Kindern hat sich das Armutsrisiko im selben Zeitraum von 16 Prozent auf 26 Prozent erhöht. Auch die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt zu. Die Zahl der Reichen ist gestiegen, während die Mittelschicht geschrumpft ist. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter sind real um fast 5 Prozent real gesunken, während die Gehälter von Managern explodiert sind. Die Ungleichheit der deutschen Gesellschaft hat sich durch diese Entwicklungen verschärft.
3. Dass so viele Menschen in Deutschland in Armut leben oder von Armut bedroht sind, ist für ein solch reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland ein Armutszeugnis und ein Zustand, der dringend bekämpft werden muss. Armut beeinträchtigt die Lebenschancen und die Menschenwürde der Betroffenen und verletzt daher elementare Verfassungsprinzipien. Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich führt zur Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und der Demokratie.
4. Die Bundesregierung wird der Aufgabenstellung „materielle Armut und Unterversorgung sowie Strukturen der Reichtumsverteilung zu analysieren und

Hinweise für die Entwicklung geeigneter politischer Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich zu geben“ (Bundestagsdrucksache 14/5990, Seite 10) unverändert nicht in ausreichendem Maße gerecht. Insbesondere im Hinblick auf die politischen Schlussfolgerungen, die die Bundesregierung aus der Zunahme der sozialen Polarisierung zieht, scheint die Bundesregierung lernunwillig. Die Bundesregierung bleibt daher dringend aufgefordert, wirksame Maßnahmen gegen Armut und die weitere Spaltung der Gesellschaft zu ergreifen. Wesentliche politische Entscheidungen der vergangenen Jahre wie z. B. die Hartz-Gesetze, die Agenda 2010, die Teilprivatisierung der Alterssicherung (Riester-Rente), die Absenkung des Rentenniveaus sowie zahlreiche Steuerreformen haben die Armuts- und Ungleichheitsentwicklungen bewirkt bzw. verstärkt und müssen daher dringend korrigiert werden.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Vierten und die weiteren Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung dahingehend zu qualifizieren, dass
  - a) repräsentative, aussagekräftige und vergleichbare Daten verwendet und in den Mittelpunkt der politischen Schlussfolgerungen und Debatte gestellt werden;
  - b) die Datengrundlage für die Berichterstattung über Reichtum und Verteilungsrelationen zwischen Oben und Unten erheblich verbessert wird und wesentlich mehr Indikatoren und Befunde zu diesen Themen präsentiert werden;
  - c) Analysen zum Ausmaß verdeckter Armut in allen Grundsicherungssystemen unternommen werden;
  - d) künftig in den Berichten Handlungsanleitungen und -konzepte aufgeführt werden, mit denen qualitative und quantitative Ziele von der Politik aufgegriffen und nachprüfbar erreicht werden können und in einem umfassenden Aktionsplan zur Armutsbekämpfung gebündelt werden.
2. unmittelbar wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Situation der Betroffenen zu ergreifen und hierzu
  - a) einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro pro Stunde einzuführen, der „Armut trotz Arbeit“ verhindert, sowie die Beschäftigungspolitik auf die Schaffung guter Arbeit und die Zurückdrängung prekärer Beschäftigung auszurichten;
  - b) die Regelsätze des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) sofort auf 435 Euro anzuheben;
  - c) den Regelsatz für Kinder in den Grundsicherungssystemen unverzüglich auf 300 Euro zu erhöhen und zu einem kindgerechten Regelsatz weiterzuentwickeln;
  - d) gemeinsam mit den Bundesländern Lernmittelfreiheit an den Schulen, eine kostenlose Schülerinnen- und Schülerbeförderung sowie ein kostenfreies Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten;
  - e) den bedarfsbezogenen Kinderzuschlag für Eltern, die ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, aber nicht den ihrer Kinder, deutlich von bisher maximal 140 Euro auf 200 Euro für unter 14-jährige und 270 Euro für 14-jährige und ältere Kinder anzuheben und die Einkommensgrenzen abzuschaffen, damit der Berechtigtenkreis deutlich ausgeweitet wird;
  - f) das Wohngeld weiter anzuheben und um eine Familienkomponente zu erweitern.

3. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen langfristig Lebensperspektiven jenseits der Armut eröffnen und hierzu
  - a) eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform durchzuführen, die dafür sorgt, dass bestehende soziale Ungleichheiten nicht durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und sogar noch verstärkt werden, sondern jedem Kind Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet;
  - b) die Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zu stärken und für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum Chancen haben, statt perspektivloser Ein-Euro-Jobs öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bereitzustellen;
  - c) durch den Ausbau gebührenfreier Kinderganztagsbetreuung und die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere auch für Alleinerziehende, zu gewährleisten;
  - d) die Absenkung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente zurückzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen, damit auch Menschen mit geringen Einkommen eine existenzsichernde Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten.
4. der zunehmenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen durch eine sozial gerechte Steuerpolitik, die die Erhöhung der Spitzensteuersätze, der Erbschaftssteuer, die volle Versteuerung von Unternehmens- und Veräußerungsgewinnen sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer umfasst, entgegenzuwirken.

Berlin, den 20. Januar 2009

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt trotz seiner anderweitigen politischen Kommunikation dramatische Befunde über die Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Die allgemeine Armutsrisikoquote ist seit 1998 um 6 Prozentpunkte gestiegen, die Kinderarmut hat sogar um 10 Prozentpunkte zugenommen. Mehr als jedes vierte Kind lebt damit unterhalb der Armutsrisikogrenze. Die dauerhafte Armut hat sich allein zwischen 2002 und 2005 von 9 auf 11 Prozent erhöht. Arbeitslose haben ein Armutsrisiko von 43 Prozent. Auch Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen ohne Schulabschluss sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Im Osten liegt die Armutsquote 5 Prozentpunkte über der im Westen. Besonders erschreckend ist die Zunahme von „Armut trotz Arbeit“, die sich im Zeitraum von 1998 bis 2006 von 6 auf 12 Prozent verdoppelt hat und von der vier Millionen Menschen betroffen sind. Hier zeigen sich in eklatanter Weise die Folgen der Deregulierung und der politisch betriebenen Ausweitung prekärer Beschäftigung der vergangenen Jahre.

Dass die Armutsrisikoquote nach neuesten Daten im Jahr 2006 auf 16,5 Prozent gesunken ist, ist kein Grund zur Entwarnung. Denn dies war der guten konjunkturellen Entwicklung geschuldet, die bereits wieder zum Erliegen gekommen ist. Außerdem beträgt die absolute Zahl der Personen, die in einem Haushalt unter der Armutsrisikogrenze leben, immer noch fast 14 Millionen und liegt damit

um 4 Millionen höher als im Jahr 2000. Dieser Anstieg ist der stärkste, der in den letzten 25 Jahren statistisch beobachtet wurde.

Nicht nur die Armut hat jedoch zugenommen, sondern auch der private Reichtum. Die realen Durchschnittseinkommen haben dagegen abgenommen, die Reallöhne und -gehälter sind seit 2002 um fast 5 Prozent gesunken, die Mittelschicht schrumpft. Dass diese Spaltungsprozesse das Vertrauen in unsere Gesellschaftsordnung erschüttern, wird auch im Bericht der Bundesregierung angedeutet.

Die Bundesregierung versucht jedoch diese Entwicklungen zu beschönigen, indem sie die wenig aussagekräftigen und im Zeitverlauf nicht vergleichbaren Daten der europäischen Datenbasis EU-SILC in den Mittelpunkt der politischen Kommunikation über den Armuts- und Reichtumsbericht stellt. Sie verweist auf die Wirksamkeit des Sozialstaats, der laut dieser Datenbasis die Armutsrisikoquote von 26 Prozent auf 13 Prozent halbiert, ignoriert dabei jedoch Befunde wie die des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V., des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e. V. und des eigens für den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht angefertigten Gutachtens „Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung“, die allesamt zeigen, dass die armutsvermeidende Wirkung staatlicher Umverteilung in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat. Mit dem Verweis auf jüngere – positive – Arbeitsmarktentwicklungen, die in der Datenbasis des Berichts noch nicht abgebildet sind, ignoriert sie die Befunde und negiert den nach wie vor bestehenden dringenden Handlungsbedarf in Sachen Armutsbekämpfung.

Die Bundesregierung rühmt sich dafür, durch ihre Politik und die der Vorgängerregierung, die Weichen in die richtige Richtung gestellt und für einen Aufschwung gesorgt zu haben, der bei den Menschen in Form verbesserter Einkommensperspektiven und zusätzlicher Arbeitsplätze ankomme. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK-Report Nr. 27/2008) zeigt jedoch, dass der Aufschwung bei den unteren Einkommensgruppen nicht ankommt. Zusätzliche Arbeitsplätze sind vor allem im Bereich prekärer Beschäftigung entstanden, die realen Löhne und Gehälter sind auch im Aufschwung nicht gestiegen, die Sockelarbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Durch die Zunahme von Repressionen in der Arbeitsmarktpolitik verschwinden viele Menschen aus dem Leistungsbezug, ohne dass sie in den ersten Arbeitsmarkt gelangen würden. Die verdeckte Armut von Hilfebedürftigen nimmt dadurch zu. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen zeigen kein realistisches Bild der Beschäftigungslage. Nicht die wirtschaftsliberalen Reformen der letzten Jahre haben den Aufschwung herbeigeführt, der bereits wieder an sein Ende gelangt ist, sondern die Entwicklung der Weltwirtschaft und nachgeholte Investitionen der deutschen Wirtschaft. Mit der aktuellen Finanzkrise droht eine erneute Verschlimmerung der Lage.

Dennoch glaubt die Bundesregierung, trotz der internationalen Finanzkrise der Wirksamkeit der wirtschaftsliberalen Reformen der letzten Jahre vertrauen und keinen Kurswechsel in der Sozial- und Beschäftigungspolitik vornehmen zu müssen. Sie unternimmt deshalb auch keine Anstrengungen, Armut wirksam zu bekämpfen. Weder will sie einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, noch die Regelsätze der Grundsicherungssysteme erhöhen. Ihre Maßnahmen gegen Kinderarmut greifen völlig zu kurz. Die Debatte zum Dritten Armuts- und Reichtumsbericht im Parlament muss daher zum Anlass genommen werden, die Bundesregierung nachdrücklich aufzufordern, sich ihrer Verantwortung für die beschriebenen Entwicklungen zu stellen und schnell und effektiv zu handeln.